

Bundesparteitag.

In Leipzig wurde heftig diskutiert, aber auch Zeichen gesetzt und Weichen gestellt.

Seite 3

Verschwiegen.

Über 30 Jahre nach dem Mord am Gastarbeiter Antonio Manuel Diogo fordert das Belziger Fotum e.V. Aufklärung.

Seite 5

Plakatiert.

Die Plakataktion zum 200. Geburtstag von Karl Marx war ein durchschlagender Erfolg, der weite Kreise zog.

Seite 7

Essbarer.

Dr. Andreas Berning auf ehrenvoller Mission für besseres Schulessen in Potsdam Mittelmark.

Seite 11

Förderung von Familienreisen

Landtagsabgeordnete Andrea Johlige erklärt die Beantragung



Familienurlaub in Brandenburg für Familien ermöglichen

Foto: iha Holiday Ads

Zur Förderung von Familienferienreisen durch das Land Brandenburg erklärt die havelländische Landtagsabgeordnete Andrea Johlige (DIE LINKE): „Es ist sehr traurig, dass in einer so reichen Gesellschaft wie der unseren nicht jedes Kind wenigstens ein Mal im Jahr mit seinen Lieben in den Urlaub fahren kann. Diese gemeinsame Zeit abseits des Alltags ist sowohl für Kinder als auch deren Eltern und Großeltern sehr wichtig. Sie dient zum Einen der Erholung, zum Anderen dem gemeinsamen Sammeln von neuen Eindrücken und Erfahrungen“, erklärt Andrea Johlige.

„Umso mehr freue ich mich, dass das Land Brandenburg auch in diesem Jahr wieder einkommensschwächere Familien bei der Urlaubsfinanzierung unterstützt. Ohne größeren bürokratischen Aufwand können pro Urlaubstag pauschal 8 Euro für jedes mitreisende Familienmitglied beantragt werden.

Diese Möglichkeit sollte genutzt werden, wenn so ein Familienurlaub möglich wird“, ergänzt Johlige. Weitere Informationen, das Antragsformular und ein Merkblatt finden Sie auf der Seite des Brandenburgischen Landesamts für Soziales und Versorgung (LASV).

<https://lasv.brandenburg.de/sixcms/detail.php/652499>

Andrea Johlige
DIE LINKE.

Foto: DIE LINKE.



Gastkommentar

Sommer, Sonne, Strand

von Marco Pavlik,
langjähriger
Gewerkschafter bei
verdi



Es dürfen auch Berge oder alte Pyramiden sein, wo viele Deutsche Urlaub machen. Ein Drittel zieht es an die Ost- oder Nordsee bzw. an schöne inländische Ecken. Ein weiteres Drittel reist ins sonnige europäische Ausland oder auf andere Kontinente, ganz wenige zieht's in das kühlere Skandinavien. Sei es allen gegönnt, die sich Urlaub und Urlaubsreisen leisten können. Die meisten von ihnen sind unbefristete Arbeitnehmer, mit mindestens mittleren Einkommen. Viele bekommen, weil sie durch Tarifverträge der Gewerkschaften abgesichert sind, sogar 30 Wochenarbeitsstage Urlaub und ein Urlaubsgeld. Dennoch können sich sehr viele Menschen, vor allem Familien mit Kindern oder Alleinerziehende, eine Urlaubsreise nicht leisten. Sie sind arbeitslos, Hartz IV-Empfänger, prekär Beschäftigte, Minijobber. Viele verdienen ihren meist sehr schmalen Taler, der nicht für Urlaub reicht, damit, Landsleuten einen schönen Urlaub zu bereiten. Auch so genannte „Click-Worker“, eine Art moderne Tagelöhner, die sich für kleine schlecht kalkulierbare Aufträge verkaufen müssen und ihre Jobs meistens von irgendwo machen können, wenn sie eines privates Notebook und ein Smartphone haben. Es geht längst nicht gerecht zu, in unserem schönen Deutschland.

Friedenssplitter



Bild: Friedensforum in Wiesenburg

Gemeindevertretung Schwielowsee nimmt Abrüstungsresolution an

Symbolträchtig einen Tag nach dem Tag der Befreiung hat – am 9. Mai – jetzt auch die Gemeindevertretung Schwielowsee auf Anträge der LINKEN die Resolution für atomare Abrüstung bei nur einer Enthaltung und einer Gegenstimme angenommen. Das ist die 14. Kommune, die unseren Antrag übernimmt. Damit haben 14 Kommunen mit 478.161 Einwohnern den Antrag angenommen. Mit Köln ist die erste Kommune in den alten Bundesländern auf dem Weg dahin.

Rüstung schadet der Pflege

Das 2. Wiesener Friedensforum am 2. Mai stand unter dem Thema „Wer bedroht die Welt“. Gleichzeitig machte man auch folgende Rechnung auf: Eine Pflegekraft kostet (bei großen territorialen) Unterschieden ca. 3000€/Monat = 36.000€/Jahr. 100.000 Pflegekräfte kosten dann 3,6 Milliarden/Jahr. Das ist ungefähr der Zuschlag, den Frau von der Leyen und Donald Trump für die deutsche Rüstung wollen, damit unbedingt das 2%-Ziel erreicht wird. Der Rüstungswettlauf kostet schon vorher Gesundheit und Leben.

1. September – Weltfriedenstag

Er erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939. Erstmals als solcher in der Sowjetischen Besatzungszone am 1.09.46 begangen – seit Beginn der 1950er Jahre wurde in der Deutschen Demokratischen Republik der 1. September als „Tag des Friedens“ bzw. als „Weltfriedenstag“ bezeichnet. In der Bundesrepublik ging die Initiative dafür vom DGB aus, der erstmals am 01.09.57 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief.

Die Menschen wollen Frieden

Demo am 28. Mai 2018 vor der Fläming Kaserne in Brück



Eindrücke der Friedensdemo „Keine US-Truppentransporte nach Polen!“

Fotos (beide): Redaktion MML

Worum ging es?

Die Demonstration galt der 1. Panzerbrigade der 1. Kavalleriedivision, die auf dem Weg von Texas (USA) an die Ostgrenze der NATO in Brück Station machte. Die Truppenverlegung war Teil der „Operation Atlantic Resolve (Atlantische Entschlossenheit)“. In ihrem Rahmen werden seit 2014 Einheiten der US-Streitkräfte zeitweise in NATO-Länder Ost- und Mitteleuropas überführt. In diesem Falle war es die 1. Panzerbrigade der 1. Kavalleriedivision, die von Texas an die Ostgrenze der NATO bewegt wurde. Dazu gibt es reichlich Erfahrungen: Im Kalten Krieg wurden Teile der Division regelmäßig in den „REFORGER“-Übungen in die BRD gebracht, schon damals militärische Machtdemonstrationen. Nicht anders jetzt. Gewöhnlich gipfelt die Sache in einer großen Truppenübung. Damals vor den Grenzen des Warschauer Vertrages, jetzt an den denen zu Russland.

Militärisch von den Russen insgeheim wohl eher belächelt, ist das Ganze aber doch eine gefährliche Drohgebärde und soll überdies die reaktionären Regimes in den baltischen Staaten und in Polen ermutigen, die scheinbar nahtlos an die aggressive, antisowjetisch-russophobe Haltung ihrer Vorgänger aus der Zwischenkriegszeit anknüpfen. An den Begründungen hat sich nichts geändert – die „Bedrohung aus

dem Osten“ feiert fröhliche Urständ, diesmal mit konkretem Verweis auf die (von der NATO selbst mit verursachte und angeheizte) Ukraine-Krise.

Die NATO-Russland-Grundakte von 1997 verbietet eigentlich dauerhafte Stationierung von NATO-Streitkräften in den neuen NATO-Mitgliedsstaaten. Trotzdem sind insgesamt vier multinationale Battlegroups von 1100 bis 1330 Mann, also je ein verstärktes Bataillon, in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert. Der Verband in Litauen steht unter deutscher Führung. Die Bundeswehr stellt mit 1 Panzer-grenadierbataillon dort das stärkste Kontingent. Darum werden die Truppen etwa alle neun Monate ausgetauscht – sind also nicht ständig an der Ostgrenze. So trickreich beschlossen vom NATO-Ministerrat im Juli 2016. In dem Rahmen erfolgt auch die US-Truppenverlegungen im Mai/Juni 2018. Wenn die Bundesregierung Frieden will, kann es nur heißen: „Schluss damit, Abrüstung und eine Politik des Ausgleichs mit Russland!“

Dr. Lothar Schröter
BO Borkwalde



Deutschland wird Standort für neues Nato-Kommando

Brüssel (dpa) – Deutschland wird Standort eines neuen Nato-Kommandos. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur haben sich die Bündnisstaaten abschließend darauf verständigt, das im Zuge der Aufrüstung gegen Russland geplante Hauptquartier für schnelle Truppen- und Materialtransporte in der baden-württembergischen Stadt Ulm anzusiedeln. Die dortige Wilhelmsburg-Kaserne ist bereits heute Standort eines multinationalen Kommandos zur Führung von weltweiten Kriseneinsätzen.

Bundesparteitag mit Licht und Schatten

kontroverse Diskussionen prägten vor allem den letzten Tag

Ein Parteitag setzt Ziele und Schwerpunkte für die Parteiarbeit der Gegenwart und Zukunft. In einem mit großer Mehrheit beschlossenen Leitantrag wurden u.a. Kampagnen gegen den bundesweiten Pflegenotstand und für bezahlbare Mieten als Kampffelder in den Vordergrund gestellt. In deutschen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fehlen mindestens 140.000 Pflegekräfte. Die zu Pflegenden müssen darunter leiden, aber auch das Pflegepersonal arbeitet unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen. DIE LINKE wird mit bundesweiten Aktionen für Verbesserungen in der Pflege eintreten und Druck auf die Bundesregierung ausüben. Statt Milliarden in die Ausrüstung zu investieren, müssen unsere Steuergelder in soziale Brennpunkte investiert werden. Dazu zählen auch Investitionen in den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Bei diesen und anderen wichtigen sozialen Fragen waren sich die Delegierten sehr einig. Keine Einigkeit fand der Parteitag zur Lösung der Flüchtlingsproblematik. Den schon lange hinter den Kulissen schwelenden Konflikt brachte eine Berliner Delegierte mit einer scharfen Kritik der Rede von Sahra Wagenknecht zum Ausdruck. In der Rede äußerte Wagenknecht sinngemäß, dass „offene Grenzen für alle“ nicht das Mittel zur Lösung der Flüchtlingsproblematik seien. Über 600 Millionen Menschen der sogenannten „Dritten Welt“ leiden unter Hunger, Trinkwassermangel und Krieg. Für Wagenknecht sind die Beseitigung von Fluchtursachen (Kriege, Waffen-



Sandra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Katja Kipping und Bernd Rixinger (v.l.n.r)

Foto: Sandro Halank

exporte) und die konkrete Hilfe in den betroffenen Ländern vor Ort an die aktuell wichtigsten Aufgaben. Die Aufnahme von Kriegsflüchtlingsen steht für sie außer Frage, aber es könne doch nicht im Sinne der Konfliktlösung sein, dass die Bundesrepublik mit einem Einwanderungsgesetz noch die Abwerbung von Fachkräften aus ärmeren Ländern plane. In den Medien wird der Streit in der Sache als Konflikt zwischen zwei Frauen dargestellt.

Zwischen Katja Kipping als Parteivorsitzende und Sahra Wagenknecht als Fraktionsvorsitzende. Ich glaube aber, dass es ein Konflikt zwischen 2 Hauptströmungen in der Partei DIE LINKE ist. Auf der einen Seite alles zu tun, um in naher Zukunft ROT-ROT-GRÜN im Bundestag eine Mehrheit zu verschaffen (Kipping-Anhänger) und andererseits gesellschaftliche Mehrheiten auch außerhalb des Parteiensystems zu schaffen, um die kapitalistische Gesellschaft

zu überwinden und andere Eigentumsformen zu schaffen (Wagenknecht und Anhänger). Um hier gemeinsame Positionen zu finden, bedarf es einer breiten Diskussion nicht nur in der Parteiführung, sondern vor allem auch mit der Parteibasis und auch mit anderen gesellschaftlichen Kräften.

Bernd Lachmann

Parteitagssplitter

Als Delegierte beim Bundesparteitag in Leipzig möchte ich mich auch zu Wort melden. Offensichtlich habe ich

noch ein paar andere Eindrücke, als man allgemein suggeriert bekommt, gewonnen. Ich habe erfreut festgestellt, dass sich das Alter der Delegierten deutlich



Die vier von fünf Delegierten aus Potsdam Mittelmark

verjüngt. Es ist toll zu sehen, wie sehr sich junge Genossinnen und Genossen aktiv mit vielen individuellen Ideen ins Parteileben einbringen. Für die „alten Hasen“ ergeben sich Denkanstöße und immer wieder neue Impulse, eingefahrene Bahnen zu verlassen und sich auf Neues einzulassen. Insgesamt kann man feststellen, dass seit dem Bundesparteitag von 2011 viele neue Genossinnen und Genossen in die Partei DIE LINKE eingetreten sind. Und somit ist es nur folgerichtig, wenn unter Anderem von ihnen gefordert wird, dass das Parteiprogramm, das vor 7 Jahren - 2011 - beschlossen wurde, überarbeitet, modernisiert und den veränderten Bedingungen angepasst werden muss.

Daher ist es nicht verwunderlich, wenn im Antrag A.2 des Leipziger Parteitages, der diskutiert und zur weiteren Bearbeitung dem Parteivorstand übergeben wurde, gefordert wird, dass eine Programmkommission eingesetzt wird, die zu mindestens 50% aus Genossinnen und Genossen besteht, die nach dem Erfurter Parteitag eingetreten sind. Hier soll in Veranstaltungen, Foren und Einzelgesprächen geprüft werden, an welchen Stellen es Veränderungsbedarf gibt und ob eine Neuarbeitung oder eine Überarbeitung notwendig werden. Ergebnisse sollen dann auf dem nächsten Parteitag vorgestellt und diskutiert werden.

Kathrin Menz

Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion Potsdam Mittelmark

Kinderfest im Übergangwohnheim Weizgrund/ Bad Belzig

Alljährliches Kinderfest auch in diesem Jahr wieder ein voller Erfolg

Am 13. Juni war es wieder so weit. Gemeinsam mit vielen Gästen feierte das Übergangwohnheim in Bad Belzig sein alljährliches Kinder- und Sommerfest. Als ich gegen 13.00 Uhr auf dem Gelände des Wohnheimes ankam, fielen mir sofort die Luftballons in den Bäumen auf und auch die bunte Hüpfburg war nicht zu übersehen. Dahinter hatte die Schützengilde Werbiger Heide bunte Scheiben aufgestellt, auf welche die Kinder mit Pfeil und Bogen ins Schwarze zielen konnten. Schnell bildete sich eine lange Schlange. Jeder Versuch wurde mit kleinen Preisen belohnt.

Aber es gab noch vieles Andere, wo Kreativität oder Geschicklichkeit angesagt waren. Besonders gefragt war auch Rene Zind - besser bekannt als Mitspielmann - der neben Luftballontieren verschiedene Spielangebote im Gepäck hatte. Natürlich war auch für das leibliche Wohl gesorgt. Auf einer langen Tafel waren frisches Obst, Kuchen, Gebäck und Süßigkeiten aufgereiht. Gegenüber gab es Gegrilltes. Nachdem ich alle Akteure und die



Impression des Kinderfestes: Bogenschießen

vielen fleißigen Helfer begrüßt hatte, setzte ich mich zu einer syrischen Frau, die mit ihren drei Mädchen und einem kleinen Jungen, der friedlich im Kinderwagen neben ihr schlief. Schnell kamen wir ins Gespräch und so erfuhr ich, dass sie seit gut zwei Jahren in Deutschland sind. Ein Jahr lebten sie davon im Übergangwohnheim und nun schon mehr als ein Jahr

im Stadtteil Klinkengrund in Bad Belzig. Ich erfuhr auch, dass sie in Syrien Französischlehrerin war und ihr Mann gelernter Koch. Blitzartig schoss es mir durch den Kopf, wie dringend Köche bei uns gesucht werden, und auch Französischlehrerinnen sind nicht gerade dicht gesät. Aber natürlich arbeiten sie beide(noch) nicht wieder in ihrem Beruf. Bürokratische Hürden

und hohe Anforderungen bei der Sprachausbildung lassen das bisher nicht zu.

Dagegen beeindruckten die Mädchen mit einem perfekten, akzentfreien Deutsch. Im kommenden Schuljahr wird die 12jährige von ihnen das Fläminggymnasium in Bad Belzig besuchen. Wirklich bewundernswert, wenn man bedenkt, was diese Mädchen in ihrem kurzen Leben schon alles gesehen haben und ertragen mussten. Bei der Schilderung des Erlebten habe ich schwer mit den Tränen gekämpft. Der kleine Junge schlief noch immer friedlich. Gut, dachte ich, dass er von all dem Leid seiner Geschwister nichts weiß und sein Leben lang davor verschont bleibt. Und das wünsche ich auch allen anderen Kindern auf dieser Welt. Nur so erfüllen Kinderfeste ihre eigentliche Mission - fröhliche und glückliche Kinder in einer friedlichen Welt!!

Astrit Rabinowitsch
Mitglied im Sozialausschuss
Kreistag Potsdam-Mittelmark

Programm Altstadtsummer

Hof der Linken: 24. - 26. August 2018

Freitag, 24.08.

19.00 Uhr - 21.00 Uhr
Punkabend mit „Jagdschein“

21.00 Uhr - 23.00 Uhr
„Abbruch“

Sonnabend, 25.08.

14.00 Uhr - 15.00 Uhr
Buchlesung „Verhörte Leser“ von und mit Klaus Feldmann

15.30 Uhr - 18.30 Uhr
Cuba Si präsentiert Kubanische Musik

19.00 Uhr - 22.00 Uhr
The Artcores mit Musik von Boss Hoss bis zu den Rolling Stones

Sonntag, 26.08.

11.00 Uhr - 12.00 Uhr
Politischer Frühschoppen zum Thema „Friedenspolitik“, in Vorbereitung der Kommunalwahlen: Stammtisch der Fraktionen der LINKEN in der SVV Bad Belzig und im Kreistag :

„Ihre Wünsche, Vorstellungen, Anregungen an unsere Arbeit!“
Musikalische Begleitung Hannes Gantzkow

13.00 Uhr - 14.00 Uhr
Autor und Musiker Hans Flake - „Der Papst, seine Frau und sein Porsche“

14.00 Uhr - 17.00 Uhr
Gruppe Manifest

Magdeburger Str. 22 in Bad Belzig

Für Speisen und Getränke sorgt die Familie Lütticke aus Reppinchen.

**Hier treffen Sie die DIE LINKE
Werder/Havel**

Montag, den 13. August um 19.00
Uhr im „Hotel zur Insel“

Themen: Aktivität unseres Ortsverbandes zur „Aktionswoche Weltoffenes Werder“ und kommunalpolitische Themen

ein Bild für den Frieden!

Wir wollen die Welt ein bisschen
bunter und friedlicher machen.
MACHT ALLE MIT!

„Wie sieht für euch
Frieden aus?“

Wir laden alle Kinder ein, bei unserem
Malwettbewerb mitzumachen.

Am 1. September 2018 ist
Weltfriedenstag, da möchten wir mit euch
gemeinsam ein großes Fest feiern.

Verschwiegen und Vergessen?

Über 30 Jahre nach Mord an Gastarbeiter: Belziger Forum e.V. fordert Aufklärung



Antonio Manuel Diogo

In der Nacht zum 30. Juni 1986 wurden Leichenteile auf der Bahnstrecke zwischen Belzig und Borne gefunden. Kopf und Beine waren vom Rumpf getrennt und über Kilometer verteilt. „Es handelt sich um eine Person mit dunkler Hautfarbe“, vermerkt die Transportpolizei. Der Tote heißt Antonio Manuel Diogo und ist mosambikanischer Vertragsarbeiter, welcher 1981 in die DDR gekommen war und seitdem in Coswig in einem Sägewerk arbeitete. Zwar konnten die Täter, eine Gruppe Neonazis, welche Diogo fesselten und während der Fahrt auf die Gleise herabgelassen hatten, festgenommen werden. Durch die Intervention des Ministerium für Staatssicherheit erfährt jedoch die Öffentlichkeit nichts von der Tat, auch Diogos Angehörige werden nie über die Hintergründe seines Todes aufgeklärt. Der Familie erzählt man, Diogo sei bei einem Unfall gestorben.

Schon damals zweifelten die mosambikanischen Behörden an der offiziellen Version der DDR, doch erst Recher-

chen des MDR im vergangenen Jahr zertrännten die grausame Tat ans Licht der Öffentlichkeit. Nun fordern mosambikanische Politiker die vollständige Aufklärung der Tat, auch der Belziger Forum e.V. will Informationen über den Fall Diogo sammeln. „Wir teilen die berechnete Kritik aus Diogos Heimat Mosambik. Fälle wie der Mord an Antonio Manuel Diogo müssen vollständig aufgeklärt und die Schuldigen bestraft werden, denn: Mord verjährt nicht!“, so die Aussage des Belziger Vereins, welcher jetzt versuchen will, eine „passende Form des Gedenkens zu entwickeln“.

Eine Gedenkveranstaltung ist bereits für Ende Juni angesetzt, außerdem ist eine Lesung mit Ibraimo Alberto geplant, einem Freund des ermordeten Diogo, welcher seine Biographie „Ich wollte leben wie die Götter“

Weltfriedenstag

Malt Bilder zum Thema

„Wie sieht für euch Frieden aus?“
auf Papier.

Die Bilder könnt ihr am 1. Mai direkt an unserem Stand abgeben oder bis zum 15. August an unser Stadtbüro, Potsdamer Str. 74, 14513 Teltow senden (oder einfach in den Briefkasten werfen).

Aus einigen der Bilder werden wir einen schönen Kalender für das Jahr 2019 erstellen. Alle die ein Bild malen und bei uns abgeben, nehmen an einer großen Verlosung teil.

Wenn ihr etwas gewonnen habt, werden wir euch Bescheid geben und ihr könnt euren Preis auf dem Fest am 1. September in Empfang nehmen.

Bitte denkt daran auf die Rückseite der Bilder euren Namen, euer Alter und eure Kontaktdaten zu schreiben!

Zum Abschluss findet ein großes Kinderfest statt.

Wann: Am Weltfriedenstag, dem 1. September 2018
Wo: Auf dem Außengelände des Jugendtreffs Teltow
Osdorfer Str. 9
Uhrzeit: Von 11.00 bis 16.00 Uhr

Vom Leben und Leiden der Fläminger Juden

Am 01. Dezember 2017 wurde in Bad Belzig ein Stolperstein in der Straße der Einheit 8 verlegt. Er soll an den dort bis 1942 wohnhaften und dann nach Auschwitz deportierten jüdischen Mitbürger Dagobert Bornheim erinnern. Initiiert wurde die Aktion vom Arbeitskreis „Jüdisches Leben“ des Belziger Forum e.V., welcher nun, getreu dem Motto „Ein Stolperstein ist nicht genug!“, eine Ausstellung mit dem Titel „Jüdisches Leben in der Region Belzig 1933-1945“ ins Leben gerufen hat. Hinter dem Projekt, welches durch den „LAP - Demokratie leben! Hoher Fläming“ gefördert wurde, stecken zwei Jahre intensiver Planung, Archivarbeit, Interviews mit Zeitzeugen

und die Sichtung zahlreicher bislang unbekannter Dokumente und Fotos. Auf insgesamt 15 Stelltafeln werden jüdische Biografien und Institutionen in Bad Belzig, Treuenbrietzen, Niemegk, Reetz und Beelitz präsentiert. Die feierliche Eröffnung der Wanderausstellung findet am 23.08. in der Bad Belziger Marienkirche statt, wo sie drei Wochen zu sehen sein wird. Weitere Stationen, unter anderem die Geschwister-Scholl-Schule, sind bereits eingeplant. Man könne sich durchaus vorstellen, in Anlehnung an die Ausstellung Stadtführungen für Interessierte anzubieten, so Benjamin Stamer, Mitarbeiter des Belziger Forum e.V.



Campusfest in Lehnin und 90. Geburtstag Freiwillige Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr in Göhlsdorf mit rundem Jubiläum

Der 02. Juni war ein ereignisreicher Tag in Kloster Lehnin. In Lehnin gab es das Campusfest des Fördervereins Schulcampus Lehnin e.V., der gleichzeitig sein 25-jähriges Jubiläum feierte. Am selben Tag lief das Markgrafenfest und in Göhlsdorf war 90. Geburtstag der Freiwilligen Feuerwehr. Doch der Reihe nach. Um 14.00 Uhr eröffnete Ortsvorsteher Frank Niewar das Campusfest. Die Blumen für den Förderverein zum 25. Geburtstag hatte er vergessen. Die überreichte dann aber der Direktor der Grund- und Gesamtschule „Heinrich-Julius-Bruhns, Dr. Dirk Lenius. Beide bedankten sich besonders bei Bettina Tonn, die das Fest maßgeblich mit vorbereitet hat. Und es gab regen Zuspruch. Der Campus war sehr gut besucht und die Zahlreichen Angebote wurden dankend angenommen. Das ging von Hüpfburg über Ponnyreiten, Fußballturnier, Kinderschminken, Flohmarkt bis hin zur Polizei, die die Fahrräder kodierte. Aber auch die Brandenburger Bank und die Revierförsterei fehlten nicht. Besonderer Höhepunkt war die Übergabe des neuen Feuerwehrautos HLF 20 durch Bürgermeister Uwe Brückner an die Lehniner Kameradinnen und Kameraden. Nach dem tragischen Tod der zwei Lehniner Feuerwehrleu-



te Sebastian Koppe (38) und Philipp Rother (23) am 5. September 2017 war eine Ersatzbeschaffung erforderlich. Und das geschah in kürzester Zeit. Von der Auftragsvergabe am 29. Januar bis zur Übergabe am 25. Mai durch die Firma Rosenau vergingen nur 4 Monate. Normalerweise braucht die Beschaffung eines hochwertigen Feuerwehrautos 1,5 bis 2 Jahre. Uwe Brückner betonte, dass das nur durch die aktive Unterstützung der Landesregierung, des Landtages, der Firma Rosenau und letztlich der Gemeinde

möglich war, die alle mit Herzblut bei der Lösung des Problems dabei waren. Die Kameradinnen und Kameraden waren dann auch voll des Lobes über ihr neues Einsatzfahrzeug. Am 5. September 2018 sollen zur Würdigung und zum Andenken an die beiden verunglückten Feuerwehrkameraden auf dem Gelände der Freiwilligen Feuerwehr Lehnin zwei Erinnerungsstelen in Marmor errichtet werden. Wer das unterstützen möchte, kann das mit einer Spende unter dem Stichwort „Spenden Stelen FFW Lehnin“ auf das Konto der

Gemeinde Kloster Lehnin IBAN DE73 1605 0000 3622 6602 78, tun.

Um 16.00 Uhr begann die offizielle Geburtstagsfeier in Göhlsdorf. Nicht ohne Ironie betonte Wehrführer Enrico Paul, daß es sich nicht nur um den 90. Geburtstag der Freiwilligen Feuerwehr sondern auch um den 45. Geburtstag Ihres Feuerwehrautos handelt. Bürgermeister Uwe Brückner versprach dann auch, dass das nächste neue Einsatzfahrzeug nach Göhlsdorf kommt. Ich gratulierte mit einem Bierkrug zum Löschen nach dem Löschen und konnte auch Positives aus dem Landtag berichten. Nach dem tragischen Unglück am 05. September 2017 wurde wieder einmal offenkundig, dass die hinterbliebenen Angehörigen von ehrenamtlichen Feuerwehrleuten schlechter abgesichert sind als Berufsfeuerwehrleute. Dem trug der Gesetzgeber mit einem entsprechenden Titel im Haushalt Rechnung. Im Fall der Fälle, der hoffentlich nicht eintritt, werden durch diesen Titel die Leistungen der Unfallkasse ergänzt, so daß ehrenamtliche und hauptamtliche Feuerwehrleute gleich gestellt sind. Bedauerlich, daß es erst ein tragisches Unglück geben muß bevor Politik reagiert.

Dr. Andreas Bernig

Landtagsabgeordneter DIE LINKE.

Bürgersprechstunde unter freiem Himmel

Auch ausdrücklicher Nichtprotest erzeugt wütende Tiraden

Am 15. Juni 2018 lud Die LINKE Teltow auf den Rathausmarkt in Teltow zu einer Sprechstunde unter freiem Himmel, zu einem geselligen Feierabendgetränk, Keksen und Gebäck aus eigener Fertigung und zu Gesprächen zur aktuellen politischen Situation in der Region, ein. Da wurden aktiv Unterschriften für den Erhalt der Osdorfer Straße gesammelt. Junge LINKE aus dem benachbarten Berlin-Zehlendorf nutzten den Termin für einen Fahrradausflug in die Altstadt von Teltow. Der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller wurde zu den aktuellen Auseinandersetzungen in der GroKo ausgefragt und natürlich zum Bundesparteitag der LINKEN eine Woche davor. Zeitgleich fand im Rathaus Teltow eine erste Veranstaltung der AFD in der Region statt. Allerdings war man dort keineswegs so entspannt und fröhlich wie bei der Sprechstunde der LINKEN auf dem Rathausmarkt. Schon die jugendlichen Bodyguards in ihren

schwarzen Anzügen sondierten von der Rathaustür aus der Entfernung mit prüfenden Blicken immer wieder unser Treffen. Ein unauffällig gekleideter Mann zog derweil seine Runde um unsere Veranstaltung und fotografierte ungefragt alle unsere Genossen und Genossinnen. Wie uns berichtet wurde, gab es im Saal die typischen Bauernfänger-Themen der AFD: GEZ-Befreiung, Senkung der Gebühren für Straßenausbau, Hasstiraden und Schuldzuweisungen über geflüchtete Menschen. Sogar zu unserer Veranstaltung wurde sich geäußert. Es wurde ironisch positiv betont, welche eine friedliche Veranstaltung vor der Tür stattfindet, so müsste es doch unter demokratischen Parteien ablaufen. Kurze Zeit später klang es in facebook ganz anders. Obwohl kein LINKER im Saal war um zu stören, kein Transparent von uns diese Veranstaltung thematisierte, es gar keinen Wortwechsel gab, wurden alle Anwesenden unserer

Bürgersprechstunde als arbeitsscheues Gesindel, Wendevertreter, Linksfaschisten und ehemalige Mauerschützen und schlimmer beschimpft. Diese „demokratische“ Partei arbeitet auch in Teltow mit einem Doppelprinzip: vorne gut geschulte, Anzug tragende Schönredner – gleichzeitig hinten für die Schmutzarbeiten die Bedroher und Einschüchterer. Wir lassen uns nicht einschüchtern! Wir werden weiter zeigen für welche Werte wir stehen,

wir werden weiter zeigen, welche Wege man dafür bestreiten muss, wir werden weiter gegen diese undemokratische Partei protestieren und wir werden weiter unsere friedlichen Gegenveranstaltungen abhalten! Wir haben in den nächsten Jahren in unseren Kommunen große Herausforderungen und viele wichtige Pläne die umgesetzt werden müssen und daran wollen und werden wir arbeiten.

Iris Bonowsky (DIE LINKE Teltow)



Zwei Kilometer Marx in Kleinmachnow

Plakataktion zog weitere Kreise als gedacht

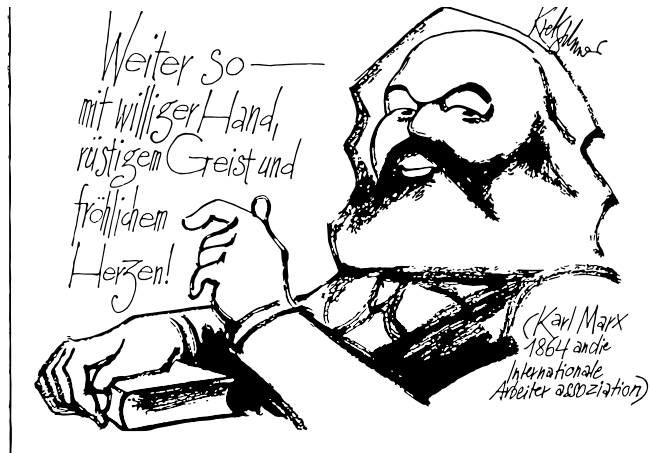
Auf über 2 Kilometer – vom Markt am Adam-Kuckoff-Platz bis zur Einfahrt zur Hakeburg – schmückten am Vorabend seines 200. Geburtstags am 5. Mai große Glückwunschplakate „seine“ Straße – die Karl-Marx-Straße in Kleinmachnow. Jungen LINKE der Region Teltow/Kleinmachnow/Stahnsdorf hatten die Laternen bestückt.

Für das Plakat stellte Harald Kretzschmar, der in Kleinmachnow ansässige, bekannte Karikaturist, gern seine immer noch junge Zeichnung aus 1983 – dem 100. Todesjahr von Karl Marx – zur Verfügung.

Die jungen Parteimitglieder zwischen 16 und 30 sind alle in den letzten 24 Monaten erst zur LINKEN gestoßen. „Gerade in der heutigen Zeit, welche trotz ständigen Wirtschaftsaufschwungs von sozialen Verwerfungen geprägt ist und somit Parallelen zur Lage des 19. Jahrhunderts aufweist, ist es von enormer Bedeutung an Karl Marx's wissenschaftliche Arbeit zu erinnern“, so Simon Behling (22), inzwischen schon Vorstandsmitglied der Linken aus Teltow.

Die Plakatidee zog Kreise – obwohl ganz kurzfristig entstanden, konnte man das Plakat genauso in vielen anderen Orten in Brandenburg bewundern.

*Simon Behling
DIE LINKE Teltow*



Marx 200

5. Mai 1818 – 5. Mai 2018

DIE LINKE.

OSZ Werder

Erzieherinnen- und Erzieherausbildung

Der Kreistag hat am 5.7. beschlossen, im Herbst mit der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern am Oberstufenzentrum Werder zu beginnen. Diese Ausbildung gab es bisher im Landkreis nicht. Bei dem dringenden Bedarf an dem Beruf ist das sicher eine gute Idee.

Vor allem – im Unterschied zu vielen anderen Ausbildungsangeboten in dem Beruf ist die Ausbildung am kreiseigenen Oberstufenzentrum schulgeldfrei. In drei Jahren stehen die ersten Absolventinnen und Absolventen bereit und haben bei den Praktika in den KiTa's des Landkreises erste Erfahrungen in der Praxis gesammelt.



Danke!

Erster Mai mit gutem Erlös für die Kinder der Westsahara

Die LINKen der Region Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf, Nuthetal bedanken sich auf diesem Weg bei den Besuchern des traditionellen 1.-Mai-Festes auf dem August-Mattausch-Platz in Teltow.

Aus dem Verkauf der Bücher, der Kuchen und der Tombola konnten 2180€ Erlöst werden. Die werden – wie auch in den vergangenen Jahren – voll für den Ferienaufenthalt der Kinder aus den Flüchtlingslagern in der Westsahara verwandt, wenn sie im August wieder nach Teltow kommen. Dank auch an die Spender, die für Bücher, Kuchen und die Tombolapreise gesorgt haben und an die Mitglieder und Sympathisanten der LINKen, ohne deren Geldspenden so ein Fest nicht zu machen ist.

Die Bilder stammen vom Sommeraufenthalt 2017 in Teltow.

Reinhard Frank



Offene Daten (open data) statt Datenhandel

Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg unterstützt Bildungseinrichtungen mit dem „Calliope mini“

Anfang April berichtete die Presse von einem Vorschlag des Hauptgeschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. Er schlug vor, dass deutsche Kommunen die Datensätze, die in ihren Verwaltungen erhoben werden, verkaufen und so kommunalen Kassen aufbessern könnten. Solche Daten könnten beispielsweise Luftbilder oder demografische Daten sein, jedoch keine personenbezogene Daten.

Das größte Potential für die Nutzung von Daten der Verwaltung liegt in der Verknüpfung von Daten ganz unterschiedlicher Bereiche. Müsste man für diese Daten Geld zahlen, könnten sich das gemeinnützige Initiativen oder Privatpersonen oft nicht leisten. Weil sie aber eher gemeinwohlorientierte Anwendungen auf Basis dieser Daten entwickeln, ist es viel sinnvoller, einen Open-Data-Ansatz zu verfolgen, d.h. Daten kostenlos und unter einer freien Lizenz zu veröffentlichen. Dann könnten sie nämlich von allen genutzt werden. Nur so können wir verhindern, dass Daten zur reinen Ware werden und große Unternehmen, die vor allem Eigeninteressen verfolgen, begünstigt werden, während und gemeinnützige Initiativen genauso wie kleine und mittlere Unternehmen das Nachsehen haben.

Anwendungen wie naturtrip.org



Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg auf ihrem Baumbettarbeitsplatz

(<http://naturtrip.org>) gäbe es ohne offene Daten nicht. Naturtrip ist die erste Auskunft über öffentliche Nahverkehrsmittel, bei der man sein geografisches Ziel vorher nicht kennt. Wer zum Beispiel in der Natur baden gehen möchte, sucht in der App nach dem nächstgelegenen Strandbad und erhält Vorschläge, wo solche Bäder sind und wie man dort am einfachsten mit dem ÖPNV hinkommt. Weil der Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB) und der BUND die Daten dafür offen zur Verfügung stellte, ist es möglich, schon jetzt fast 2.000 Ausflugsziele umweltschonend zu erreichen.

Offene Daten führen auch zu mehr Transparenz von Politik und Verwaltung. Man kann besser nachvollziehen, welche Entscheidungen, warum und mit welchen Folgen getroffen worden sind, wenn zum Beispiel Gutachten von Lobbyisten, alle Verträge der öffentlichen Hand über einem bestimmten Schwellenwert oder Feinstaubmessergebnisse an viel befahrenen Straßen offen gelegt werden. Potsdam und Berlin verfolgen daher bereits Open-Data-Strategien. Diese sinnvollen Bestrebungen hin zu mehr offenen Daten nun rückgängig machen zu wollen, in dem man sie nur noch zahlungskräftigen Unternehmen zur Verfügung stellt,

wäre grober Unfug und würde dem Gemeinwohl schaden. Kommunen sind schließlich nicht profitorientierte Unternehmen wie Facebook oder Google sondern der Daseinsvorsorge und dem Bürgernutzen verpflichtet. Und ganz nebenbei, haben wir alle, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Sammlung und Verarbeitung kommunaler Daten bereits mit unseren Steuern finanziert deshalb sollten sie auch uns allen gehören.“

Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE) MdB

Dazu Wikipedia:

Als Open Data (aus englisch open data, wörtlich offene Daten) werden Daten bezeichnet, die von jedermann ohne jegliche Einschränkungen genutzt, weiterverbreitet und weiterverwendet werden dürfen.

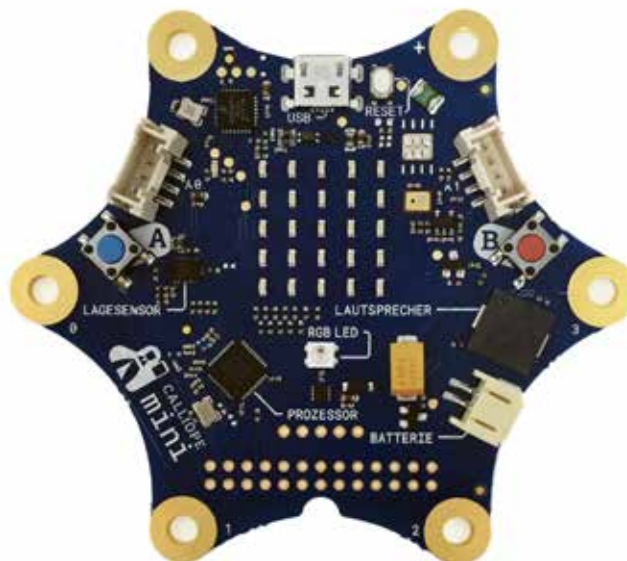
Die Forderung danach beruht auf der Annahme, dass frei nutzbare Daten zu mehr Transparenz und Zusammenarbeit führen. Der volkswirtschaftliche Wert offener Daten aus der öffentlichen Verwaltung wurde 2016 von der Konrad-Adenauer-Stiftung auf jährlich 43,1 Milliarden Euro geschätzt.

Rückfragen

Jeanette Tittel - Büro Anke Domscheit-Berg MdB
anke.domscheit-berg.ma01@bundestag.de

Angebot

Als Publizistin habe ich manchmal Nebeneinkünfte durch eine Kolumne, andere Artikel oder Vorträge. Alle diese Nebeneinkünfte werde ich spenden, um dieses vielseitige kleine Gerät möglichst vielen Schülerinnen und Schülern zukommen zu lassen. Engagierte Lehrkräfte und Bildungseinrichtungen (v.a. Grundschulen), die ein Interesse daran haben, mit dem Calliope Mini zu arbeiten, können sich daher ab sofort bei mir melden. Über mein Wahlkreisbüro in Brandenburg oder per Email an anke.domscheit-berg@bundestag.de bin ich für Anfragen zum Programm erreichbar. Ich würde mich auch freuen, wenn sich lokale Unternehmen und Verbände der Initiative anschließen, um noch mehr Schülerinnen und Schülern gute Lernmöglichkeiten zu bieten.



Mit diesem kleinen, programmierbaren Controller können schon Grundschüler an digitale Technik herangeführt werden

Foto: Jörn Alraun

Aktivitäten MdB Anke Domscheit-Berg seit der letzten MML in Potsdam-Mittelmark:

- Übergabe eines Klassensatzes Calliopes (siehe Bild) für Digitale Bildung an die Geschwister-Scholl Grundschule in Bad Belzig
- Treffen mit der Elterninitiative Borkheide
- Besuch des Infocafes „Der Winkel“
- Blumen zum Gedenken an die Opfer des Faschismus am Tag der Befreiung

Kampf für die Rechte der Kinder geht weiter

Im deutschen Bundestag nimmt die Kinderkommission ihre Arbeit auf

Der Petitionsausschuss hat vor kurzem eine Petition, unterzeichnet von über 16.000 Menschen, zur Einsetzung eines Kinder- und Jugendbeauftragten in die Fraktionen weiter gereicht. Es geht darum einen Ansprechpartner für die Belange der Kinder zu schaffen. Aus derselben Forderung ging vor ziemlich genau 30 Jahren die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder – kurz KiKo – hervor. Wie auch schon in der vergangenen Legislatur gehöre ich dieser als einer von sechs Abgeordneten an. Die KiKo kann in Form von überfraktionellen Beschlüssen oder Empfehlungen effektiv für die Rechte der Kinder und Jugendlichen streiten. Und hier hat sie auch in der letzten Wahlperiode viel getan. So haben wir allein in meiner Vorsitzzeit eine Stellungnahme gegen die Rekrutierung Minderjähriger in der Bundeswehr verabschiedet und die Bundesregierung aufgefordert diese Praxis zu beenden. Wir machten uns gemeinsam gegen Kinderarmut stark und forderten u.a. die Streichung der Hartz IV- Sanktionen. Wohlgemerkt:



Die Kinderkommission im deutschen Bundestag

Foto: Norbert Müller

All diese Stellungnahme konnten wir einstimmig über die Fraktionsgrenzen hinweg verabschieden.

Als die ersten Gerüchte zur Reform der Kinder- und Jugendhilfe im Raum standen, konnten wir gemeinsam mit der Fachwelt einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass dieser Reformversuch noch heute auf Eis liegt. Durch den Zuwachs um einen Vertreter

der AfD, der zudem eindeutig am rechtsextremen Rand der Fraktion zu verorten ist, können und wollen wir in dieser Legislatur nicht mehr auf Einstimmigkeit in den Beschlüssen abzielen. Dennoch werden wir dieses besondere Gremium auch weiterhin nutzen, Anhörungen und Stellungnahmen zu produzieren, die im Sinne der Kinder und Jugendlichen, Vorschläge

für eine gerechtere Politik machen. Der Vorsitz der Kommission rotiert und so werde ich diesen voraussichtlich im August 2020 übernehmen. Als Themenschwerpunkte wollen wir uns nach aktuellem Stand erneut intensiv mit der Kinder- und Jugendhilfe auseinandersetzen. Ein weiteres Thema, das parlamentarisch nicht oft genug aufgerufen werden kann, ist Kinderarmut. Hier werden wir uns speziell mit dem Teilphänomen der Jugendarmut befassen. Neben materieller Armut, werden wir uns zudem mit Zeitnot von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen. In Zeiten von Ganztagschule und einer durchgetakteten Kindheit geht diese an kaum einem Heranwachsenden vorbei.

Thematisch breit aufgestellt, werden wir so trotzdem eine klare Richtung vorgeben: Für Gerechtigkeit, die sich bereits an den Bedürfnissen der Jüngsten in unserer Gesellschaft orientiert.

Norbert Müller (DIE LINKE) MdB

Ein „Skandal“ und sein Nährboden

Norbert Müller über das BAMF und den politischen Diskurs im Allgemeinen

Die Berichterstattung der letzten Wochen zum vermeintlichen Skandal im Behördenschlund des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lehrt vor allem eines: Der politische Diskurs hat sich nachhaltig nach rechts verschoben. Denn ganz unabhängig davon, was genau in der Bremer Unterbehörde vorgegangen ist, die rechtspopulistischen Kurzschlussreaktionen waren unüberhörbar. Ankerzentren hier, Untersuchungsausschuss dort – Hauptsache es wird irgendwas mit bzw. gegen Geflüchtete unternommen.

Kaum jemand spricht davon, dass diese selbst die Hauptleidtragenden der Zustände im BAMF sind. So ist die Anzahl der möglichen Fehlentscheidungen zugunsten von Geflüchteten auf mittlerweile 578 abgeschmolzen. Ihnen gegenüber stehen über 30.000 gerichtlich festgestellte Fehlentscheidungen zu Ungunsten der Antragsteller_innen. Vielerorts konnten Antragsteller_innen die Fehlurteile des BAMF nur mit der Hilfe von engagierten ehrenamtlichen Helfer_innen und Rechtsanwält_innen juristisch prüfen



und vor Gericht richtigstellen lassen. Viele Geflüchtete haben allerdings nicht die Möglichkeit, sich gegen fehlerhafte Asylbescheide zu wehren. Statt hier Abhilfe zu schaffen, soll es jetzt eine Pauschalüberprüfung aller Anerkennungen der letzten 18 Jahre in Bremen geben. Das ist völliger Unfug und Ausdruck einer zunehmend flüchtlingsfeindlichen Stimmung. Damit werden 18.000 Menschen in Unsicherheit über ihren Aufenthalt gestürzt.

Der politische und mediale Auf-

schrei erfolgt leider lange nicht mehr beim x-ten Brandanschlag, bei der Inhaftierung von Minderjährigen in Abschiebeknästen oder der kürzlichen Selbstentzündung eines abgelehnten Asylbewerbers. Denn mit den buchstäblich existenziellen Fragen von Menschen in Not lässt sich zurzeit bei weitem weniger Aufmerksamkeit generieren, als mit dem Bedienen von Ressentiments. Doch unbeeindruckt davon gehen das Sterben an den Außengrenzen und die Verzweiflung bei denen, die es nach Deutschland ge-

schaft haben, weiter. Wir dürfen nicht müde werden auch das immer wieder auf die politische Agenda zu setzen. Hier gilt Rosa Luxemburgs Leitsatz unverändert: „Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“

Als Linke müssen wir aufpassen, aus den derzeitigen Debatten keine falschen Schlüsse zu ziehen. So ist es mitnichten die breite Bevölkerung, die gerade aufbegehrt, sondern der politische Gegner, der es versteht genau das zu suggerieren. Wankelmüt und das Hinterherhecheln hinter vermeintlich populären Forderungen ist dabei eine schlechte Marschroute. Wenn wir verlässlich und dadurch glaubwürdig auch weiterhin an der Seite Schwächsten stehen, ist uns weit mehr geholfen. Dem geäußerten Vorwurf der Weltfremdheit können wir gelassen begegnen. Denn weltfremd ist nicht, wer das Sterben und Leiden vor und nach dem Grenzübertritt verhindern möchte, sondern wer dies trotz möglicher Alternativen zulässt.

Norbert Müller
(DIE LINKE) MdB

Forderungen der Kreistagsfraktion 2019-2020

DIE LINKE will spürbare Verbesserungen mit Langzeitwirkung für die Menschen des Landkreises



Die Linke fordert kostenlose Bustickets für Schüler, die nicht nur für den Schulweg gelten

Foto: Wikipedia / Leh jo

Die Kreistagsfraktion hatte sich – wie auch in den Vorjahren – bereits Anfang März zu ihren Hauptforderungen verständigt. Es geht nicht um einzelne Positionen in dem fast 500Mio-Haushalt. Wir wollen direkt spürbare Verbesserungen für die Menschen des Landkreises mit Langzeitwirkung. Die Vorstellungen haben wir in die Strategieberatung am 12.4. eingebracht. Nicht ohne Wirkung, denn einige fanden sich anschließend in der Dokumentation darüber wieder – allerdings

ohne die LINKE als Quelle zu nennen. Darum auch hier im Klartext:

1. Schüler bekommen heute – wenn sie antragsberechtigt sind – ein Busticket für den Weg von zu Hause zur Schule und zurück. Wir schlagen vor, dass sie mit dem Ticket im ganzen Landkreis dahin fahren können wann und wohin sie wollen – also auch zum Sport, zu kulturellen Veranstaltungen oder einfach zu Freunden. Das entlastet die „Elterntaxis“ und damit die Umwelt, dient den realen „sozialen

Netzwerken“ – Freunde können sich real treffen, spart Verwaltungskosten von mehreren 100T€. Der Busbetrieb freut sich über frühe Kundenbindung. 2. Weil sich das Kreientwicklungsbudget für die Kommunen mit unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen seit 2011 bewährt hat, fordern wir schon lange, es weiter aufzustocken, von aktuell 950T€ in 2018 auf 1,5Mio ab 2019. Hätten wir das jetzt gehabt, hätten wir nicht 16 von 34 Anträgen für 2018 ablehnen müssen. Das war alles

keine Luxusanträge, sondern dienten dem Grundgesetzanspruch, gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern. Wir begrüßen, dass auch die Verwaltung selber über eine Aufstockung um 500T€ redet.

3. Gedanken, das Kreientwicklungsbudget für alle Kommunen zu öffnen, halten wir für falsch. Es muss für die steuerschwachen Kommunen reserviert bleiben, denn die Schere zwischen reich und arm geht auch in PM noch immer nicht zu. Wie von uns gefordert, wird die Richtlinie nach den Vorschlägen der Bürgermeister der Flämingregion durch den Kreistag am 5.7. angepasst.

4. Die zu uns Geflüchteten brauchen jetzt Wohnung und Arbeit, denn nur darüber können sie sich integrieren. Dementsprechend muss das Integrationskonzept – das aus 2016 ist – dem Leben angepasst werden. Verwaltung und Ehrenamtler haben seit dem viel Erfahrungen gesammelt. Die Diskussionen landauf, landab zeigen, dass wir mit den Vorschlägen richtig liegen – inzwischen quer durch alle politischen Richtungen.

Kathrin Menz u. Thomas Singer
Doppelspitze der Kreistagsfraktion im
Kreistag Potsdam-Mittelmark

Geld bei den Städten und Gemeinden lassen

Unerwartet hohe Steuereinnahmen müssen sinnvoll genutzt werden

Das Land Brandenburg hat unerwartete, zusätzlichen Steuereinnahmen. Nach den Regeln überweist das Land jeden fünften Euro aus seinen Steuereinnahmen an die Kommunen – auch aus den nicht geplanten Mehreinnahmen. Im Nachtragshaushalt vom April 2018 sind das 105 Mio. €. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark selber ist auch eine Kommune und hat davon 3,91 Mio. € erhalten. Seine Städte und Gemeinden bekamen einen Zuschlag von 5,84 Mio. €. Allerdings hatten sie davon ihrerseits regulär 43% an den Landkreis als so genannte Kreisumlage abzuführen. Das sind 2,56 Mio. €, die nun in der Kreiskasse landeten. Obwohl der Hebesatzes seit Jahren konstant ist, steigen auch die Einnahmen des Landkreises aus der Kreisumlage, weil die Steuereinnahmen der Kommunen seit Jahren steigen.

Deshalb, fordert die LINKE, solle der Kreistag beschließen, einmalig bei dieser Sonderausschüttung den Städten und Gemeinden jeweils den Betrag

wieder auszahlen, der der Kreisumlage aus diese Sonderzahlung entspricht. Wer 100€ vom Land bekommen hat, hat davon 43€ an den Kreis abzuführen gehabt. Dafür soll er einmalig auch 43€ aus dem Kreistopf bekommen. So kann der Kreistag – wie die rot-rote Landesregierung – im Fall dieser Sonderzuweisung ein klares Zeichen der Unterstützung der Kommunen setzen.

Thomas Singer
Fraktion DIE LINKE.



Besseres Essen für Schulkinder

Dr. Andreas Berning als Schirmherr der Auftaktrunde



Dr. Andreas Berning bei der Auftaktrunde in Potsdam-Mittelmark

Potsdam-Mittelmark ist nun der dritte Landkreis in Brandenburg, der sich an einer Qualitätsoffensive für Schulspeisung beteiligt. Der Landtagsabgeordnete Dr. Andreas Berning (DIE LINKE) war Ende Juni Schirmherr der Auftaktrunde für PM. Eingeladen hatte das Familienzentrum Potsdam und die Projektagentur im Auftrag des Landkreises.

Die Runde war gut besetzt – Schulträger, Schulen, Firmenvertreter, Caterer und die Netzwerkvertreter sowie Dr. Patrick Luchmann vom Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MdJEV).

Dr. Berning berichtete, dass im Landtag die gesunde Ernährung für alle Kinder, Lebensmittelverschwendung, die regionalen Wirtschaftskreisläufe, das Schulobstprogramm der EU und des Landes immer wieder Gegenstand der Beratungen sind – nicht immer mit befriedigendem Ergebnis, wie z.B. bei dem EU- Schulobstprogramm.

„Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz überlegt, wie wir Verbesserung bei der Qualität des Essens aber auch bei der Zahl der Essensteilnehmer erreichen können. Dazu wurden Anhörungen mit Fachleuten gemacht.

Im Ergebnis folgten im September und im Dezember 2016 zwei so genannte Tafelrunden beim Land. 217 Verantwortlich und drei Ministerien waren beteiligt. 25 Maßnahmen wurden festgelegt. Auch Geld wurde zusätzlich bereitgestellt, um lokale Tafelrunden und auch Mensa-AG zu installieren, 250.000 € jedes Jahr“, so Dr. Andreas Berning in seiner Grußansprache.

Es gibt schon konkrete Bewegung zu dem Thema in Potsdam-Mittelmark: z.B. die Frischküche in Jeserig, die Schul- und Kitakinder versorgt, die Koch-AG und die Übungsküche für den Unterricht in Groß Kreutz, die Erfahrungen aus der Stadt Beelitz, die täglich für die Kinder frisch kochen lässt sind auch verallgemeinerungswürdig.

Eine Tafelrunde für den Bereich Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf soll ins Leben gerufen werden.

Für die Gesamtschule in Kloster Lehnin würde sich ein Mensa AG anbieten, schlug Dr. Berning vor.

Der Unternehmer der Firma „Mironell“ aus Großbeeren, die ihre Obstsalate unter dem Slogan: „frisch und frei“ von Konservierungsstoffen bewirbt, wird Kontakt zur „Maxim Gorki Gesamtschule“ in Kleinmachnow aufnehmen und eine Schulklasse einladen, um zu zeigen, wie die Produktion dieser gesunden Kost, erfolgt.

Fazit dieser ersten Veranstaltung – ein Anfang ist in PM gemacht. Beim nächsten Treffen sollen noch mehr Verantwortliche erreicht, die ersten Ergebnisse der einzelnen Projekte ausgewertet und weitere Ziele abgesteckt werden. Damit Kinder eine gesunde warme Mahlzeit bekommen.

Übrigens: Was eine Mensa-AG ist, kann jeder unter:

<http://www.checkdasmahl.de/main-navigation/aktiv-werden/finden>.

Dr. Andreas Berning
Mitglied der Landtagsfraktion
DIE LINKE.

Werben in der MML 2018

MITTELMARK LINKS erscheint als linke Quartalszeitung 4x jährlich und wird kostenlos an 20.000 Haushalte im Landkreis Potsdam-Mittelmark verteilt. Mit Ihrer Anzeige sind Sie in der Region präsent und unterstützen eine alternative Stimme für lokale, bürgernahe linke Politik.

Voraussichtl. Erscheinungstermine 2018:

19.04.18 / 12.07.2018 / 11.10.2018

Anzeigenschluss:

06.04.2018 / 29.06.2018 / 29.09.2018

Anzeigenformate & -preise (Nettopreise in Klammern):

im Anschnitt (210x290mm):

- 1 Seite Anschnitt (210 x 290mm): 480,- (403,36) €
- 1/2 Seite Anschnitt (210 x 145mm): 270,- (226,89) €

im Satzspiegel (210 x 260mm):

- 1/2 Seite (210 x 130mm): 250,- (210,08) €
- 1/4 Seite (105 x 130mm / 210 x 65mm): 150,- (126,05) €
- 1/8 Seite (52 x 130mm / 105 x 65mm): 80,- (67,23) €

Platzierungszuschlag:

- Titel (nur 1/8 und 1/4 Seite möglich): 50%
- Rückseite: 20%

Rabattstaffel: 2 Ausg. – 10%; 3 Ausg. – 15%; 4 Ausg. – 25%

Der Rabatt wird bei verbindlicher Buchung von Anzeigen für mehrere Ausgaben (auch unterschiedl. Formate / nicht aufeinanderfolgende Ausgaben) gewährt. Die Rechnungslegung erfolgt jeweils zum Veröffentlichungstermin.

- Sonderkonditionen auf Anfrage -

Anzeigenbuchung unter:

kontakt@k2-potsdam.de
0331 / 86 749 883
0172 / 514 38 25

MML abonnieren !



Ja, ich will die MML zum Solipreis von 10,- € für 1 Jahr abonnieren (incl. Porto).

Name:

Straße:

PLZ / Ort:

Tel. (für Rückfr.):

Einsenden per Post:

DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark, Straße der Einheit 53, 14806 Bad Belzig
per Fax: 033 841 - 43 880
per Mail: info@dielinke-pm.de

20 Jahre Infocafé „Der Winkel“



Sehr geehrte Mitglieder, Freunde, Förderer und Unterstützer.

Im Jahr 1998 gründete eine kleine Gruppe engagierter Menschen unseren Verein für Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Heute sind wir ein beachtlicher Träger erfolgreicher und vielfältiger Projekte.

Wir laden Sie herzlich ein, am 18.08.18 ab 15 Uhr, mit uns 20 Jahre Infocafé „Der Winkel“ zu feiern. Die Feier findet im und um das Café statt. Wir würden uns freuen, wenn Sie auch ihre Freunde einladen, ab 19 Uhr dazuzukommen.

Herzliche Grüße
Vorstand Belziger Forum e.V.

Impressum

Herausgeber:

k² Potsdam, PR- und Kommunikationsberatung

V.i.S.d.P.: Stefan Wollenberg

Tel. 0331 - 86 749 883;

Fax 0331 - 86 749 882;

E-Mail: mml@k2-potsdam.de

Internet: www.dielinke-pm.de

Redaktion, Layout&Satz:

k² Potsdam

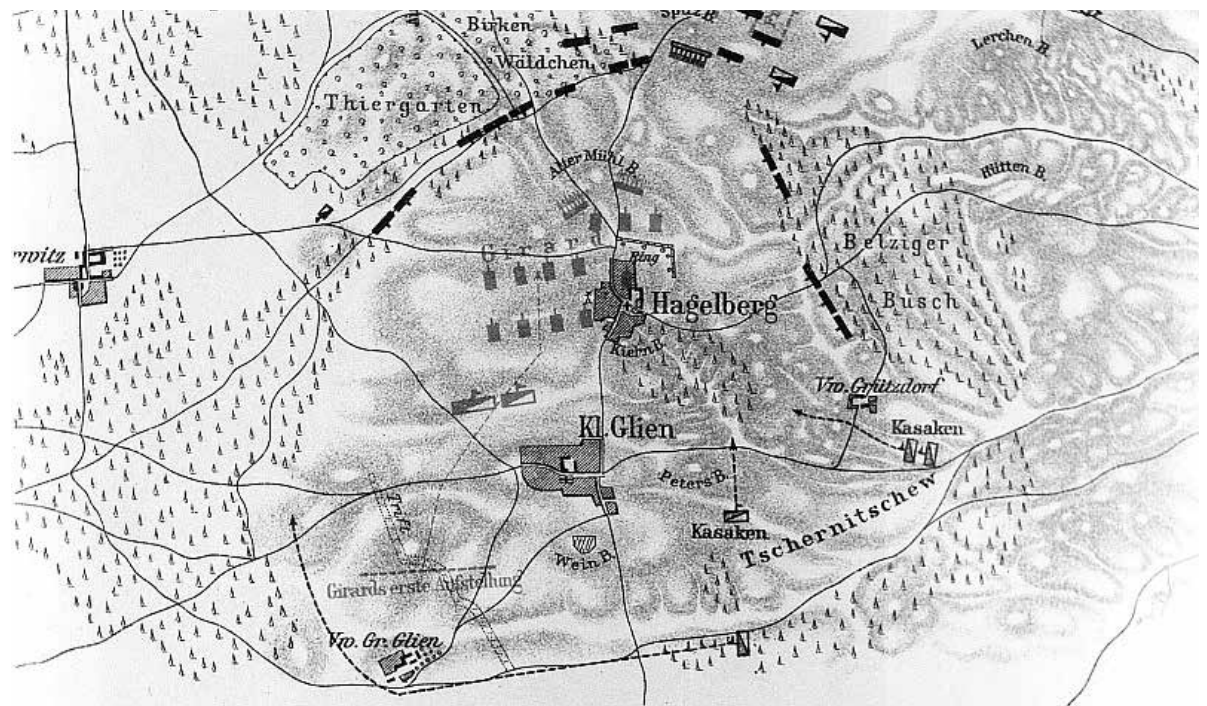
Druck: Nordost-Druck GmbH

Auflage: 20.000

erscheint 4x jährlich

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

Kalenderblatt: Schlacht am Hagelberg bei Belzig



Plan „Zum Treffen bei Hagelberg 27. Aug.“ 1813, Ausschnitt

Foto: Deutsche Fotothek / G. Rapp

Am 27. August 1813, also in diesen Tagen vor fast 205 Jahren, tobte auf dem Gebiet zwischen Belzig und Wiesenburg sowie zwischen Glien und Lübnitz die Schlacht am Hagelberg. Sie ist als eine der ersten Schlachten der Preußischen Landwehr und als „Kolbenschlacht“ in die Geschichte eingegangen, denn bedingt durch das regnerische Wetter war das Pulver feucht geworden und die Vorderladergewehre versagten ihren Dienst. Gegen 17.00 Uhr stießen preußische Truppen (3500 reguläre Söldner und 8000 Angehörige der Landwehr) unter General Karl Friedrich von Hirschfeld auf ca. 10000 französische Söldner unter General Jean Baptist Girard, die sich auf der Höhe verschanzt hatten. Durch russische Kosaken, die aus Belzig herbeieilten, konnte die Schlacht von den preußischen Truppen zu ihren Gunsten entschieden werden. Welches Leid damit für die Soldaten und die Bevölkerung verbunden war, lässt sich kaum erahnen. Die preußischen Verluste lagen bei 1750 Toten und Verwundeten. Nur 3000 französische Soldaten konnten Magdeburg

unversehrt erreichen. Die sächsischen Söldner, die auf der Seite der napoleonischen Truppen gekämpft hatten, liefen auf die preußische Seite über. Nach dem Gefecht wurden die gefallenen Franzosen hinter dem Gutshof Glien an der sogenannten Franzosenhecke bestattet, die preußischen Soldaten an der sogenannten Preußenhecke unterhalb des Kienbergs. Mit Ochsen- oder Pferdefuhrwerken schafften Bauern die Verletzten in die noch vorhandenen Lazarette. Abrückende Truppen zogen plündernd durch die Dörfer des Fläming.

Diese Schlacht war wie die Schlacht bei Großbeeren oder die Schlacht bei Dennewitz ein Vorbote der Völkerschlacht bei Leipzig, mit der das Ende der napoleonischen Fremdherrschaft in Europa besiegelt wurde. Der Mythos der Unbesiegbarkeit war den napoleonischen Truppen schon bei Borodino vor den Toren Moskaus genommen worden. In unserer Region erwies sich der gemeinsame Kampf russischer und preußischer Truppen und die Einbeziehung der preußischen Landwehr als wirksames Mittel im Kampf gegen

Napoleon und seine Truppen. Sollte die Schlacht am Hagelberg vor 205 Jahren nicht auch uns Lehren für die Gegenwart vermitteln? Wie schrecklich ist jeder Krieg für die Soldaten und die Zivilbevölkerung, welche Möglichkeiten ergeben sich, wenn man es versteht, die Menschenmassen für ein hehres Ziel zu motivieren und letztlich sollte man zumindest in Europa lernen, dass man hierzulande kein Problem ohne Russland lösen kann.

In verschiedener Form wird schon seit Jahrzehnten der Schlacht an Hagelberg gedacht. 1849 wurde ein Denkmal der Borussia vom Kaiser höchstpersönlich eingeweiht, das nach 1945 abgebrochen wurde. 1955 wurde ein Denkmal eingeweiht, das den Patrioten vom Hagelberg gewidmet ist. Mit einer großen Festwoche wurde 2013 der 200. Jahrestag der Schlacht begangen. Nehmen wir dieses Ereignis der Regionalgeschichte zum Anlass, um über unseren heutigen Kampf immer wieder nachzudenken.

Dr. Hans-Joachim Koch

Ein Hinweis zum Schluss

Die Mittelmark LINKS erfreut sich inzwischen großer Beliebtheit im Kreis. Da 20.000 Druckexemplare nicht ausreichen, um alle Haushalte zu versorgen, geben Sie Ihr Exemplar gern weiter, wenn Sie es gelesen haben! Und wenn Sie mal selbst keins abbekommen haben, finden Sie die aktuelle Ausgabe auch im Internet:

<http://www.dielinke-pm.de/kreisverband/kreiszeitung/>